

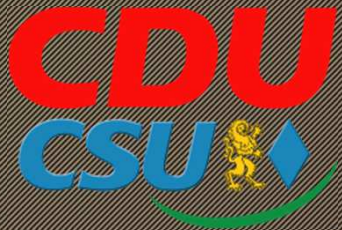


Vergleich der Wahlprogramme

Zur Bundestagswahl 2013

Von Christina Hoff und Matthias Kamps
Quelle: Ausarbeitung der Konrad-Adenauer Stiftung

Spitzenkandidaten



Angela Merkel



Peer Steinbrück



Rainer Brüderle

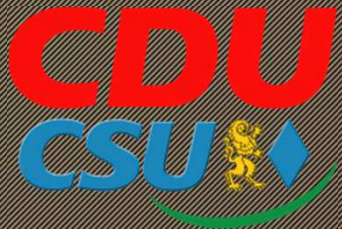


u.a. Jürgen
Trittin



u.a. Gregor Gysi

Wirtschaft und öffentliche Finanzen



- Einhaltung strikter Haushaltsregeln
- Schuldenbremse
- Wirksame Finanzmarktregulierung
- Ziel: ausgeglichener Haushalt



- Gerechte Besteuerung der Finanzmärkte
- Wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik
- Ziel: Industriestandort Deutschland stärken



- Solide Haushalte
- Stabile Währung
- Stabiles Wachstum
- Ziel: Wohlstand sichern

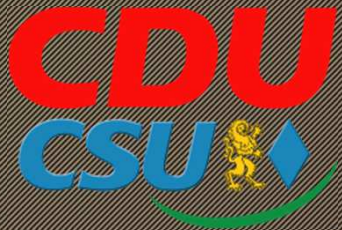


- Keine einseitige Fixierung auf Wachstum
- Umweltschädliche Subventionen abbauen
- Staatseinnahmen maßvoll erhöhen
- Ziel: BIP-Wachstum nur, wenn es von klimaschädlichen Emissionen entkoppelt ist



- Private Banken vergesellschaften
- den Finanzsektor öffentlicher Kontrolle unterwerfen und strikt regulieren
- Ziel: Zukunftsprogramm für zwei Millionen Arbeitsplätze auflegen

Steuern



- Ablehnung von Steuererhöhungen



- Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49% bei Brutto-Jahreseinkommen ab 100.000 EUR für Singles und 200.000 EUR für Verheiratete



- Grundsätzliche Ablehnung von Steuererhöhungen
- Gesetzlich verankerte „Steuerbremse“
- Vorrang der Haushaltskonsolidierung vor Steuersenkungen

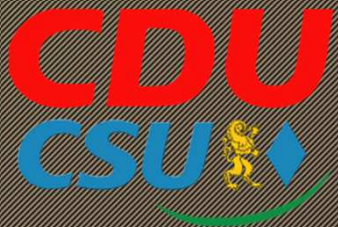


- Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 45% bei Einkommen ab 60.000 EUR und auf 49% ab 80.000 bzw. 160.000 EUR



- Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 53 % bei Einkommen ab 65.000 €, sowie auf 75 % ab 1 Mio. € Einkommen

Ehegattensplitting



- Erhaltung des Ehegattensplittings
- Zusätzlich:
 - Familiensplitting
- Schrittweise Anhebung der steuerlichen Berücksichtigung von Kindern auf die Höhe des Freibetrags für Erwachsene



- Abschaffung des Ehegattensplittings, statt dessen:
 - Partnerschaftstarif
- beide Partner werden individuell besteuert, gegenseitige Unterhaltsverpflichtungen werden berücksichtigt



- Beibehaltung des Ehegattensplittings
- Ausweitung auf gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften

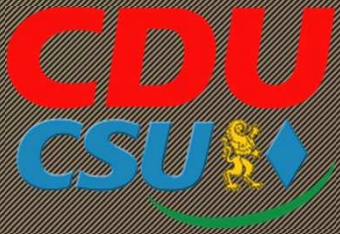


- Abschaffung des Ehegattensplittings
- Individualbesteuerung



- Abschaffung des Ehegattensplittings
- Individuelle Steuerverpflichtung

Vermögenssteuer (Wiedereinführung)



- Ablehnung der Vermögenssteuer
- Ablehnung einer Erhöhung der Erbschaftsteuer



- Vermögenssteuer erwünscht:
1% ab 2 Mio. €
Einkommen



- Ablehnung der Vermögenssteuer



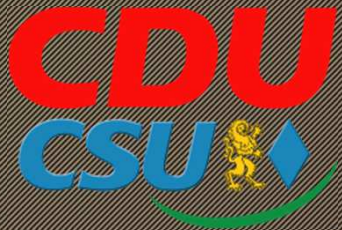
- Befristete Abgabe von 1,5% ab 1 Mio. EUR Einkommen, danach Wiedereinführung



- Pro Vermögenssteuer
- „die erste Million des Vermögens“ steuerfrei, danach ein Steuersatz von 5 Prozent

Sozialpolitik und Arbeitsmarkt

Rente, Eintrittsalter und Rentenniveau



- Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung
- Bessere Berücksichtigung der Zeiten der Pflege in der gesetzlichen Rentenversicherung
- Stärkung der privaten und betrieblichen Vorsorge



- Rente mit 67 bleibt ausgesetzt, derzeitiges Rentenniveau bleibt bis 2020



- Freie Wählbarkeit des Renten-eintrittspunkts ab dem 60. Lebensjahr
- Keine Einbeziehung der Selbständigen in das umlagefinanzierte Rentensystem



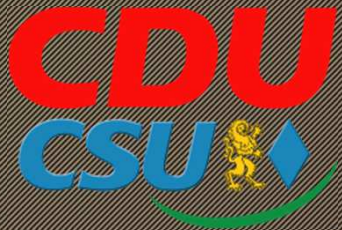
- Rente mit 67
- Abschlagsfreie Rente ab 63 aus gesundheitlichen Gründen möglich



- Rente mit 67 abschaffen
- Arbeitsmarkt-chancen Älterer verbessern
- gleichmäßige Beteiligung der Unternehmen an der Alterssicherung

Sozialpolitik und Arbeitsmarkt

Mindestrente



- Zuschuss zur Rente auf 850 EUR nach 40 Versicherungsjahren



- Mindestens 850 EUR nach 30 Beitrags- oder 40 Versicherungsjahren



- soziale Grundsicherung



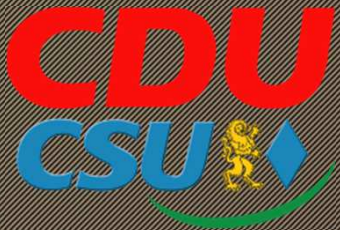
- Garantierrente von mindestens 850 EUR
→ Finanzierung aus Steuermitteln



- Staatliche Mindestrente von 1.050 EUR
→ Finanzierung aus Steuermitteln

Sozialpolitik und Arbeitsmarkt

Mütterrente



- Zusätzlicher Rentenpunkt in der Alterssicherung für alle Mütter und Väter, deren Kinder vor 1992 geborenen Kindern



- Ausdehnung der Berücksichtigungszeiten auch auf Eltern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden
→ Verbesserung der Rentenansprüche für Eltern
→ Finanzierung aus Steuermitteln



- Ablehnung der Berücksichtigung der Erziehungsleistung



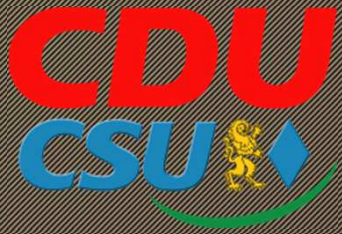
- Kritik an den Mittelverwendung aus der Rentenversicherung



- Stärkung der Solidarität in der Rentenversicherung
→ Deutlich bessere Absicherung der Zeiten niedriger Löhne, der Erwerbslosigkeit, Kindererziehung und Pflege
- Vermeidung von Armutsrenten

Sozialpolitik und Arbeitsmarkt

gesetzlicher Mindestlohn



- Ablehnung eines gesetzlichen Mindestlohns
- Gefordert: Tarifliche Lohnuntergrenzen



- 8,50 EUR/Stunde



- Ablehnung eines gesetzlichen Mindestlohns
- Tarifliche Lohnuntergrenzen regional möglich



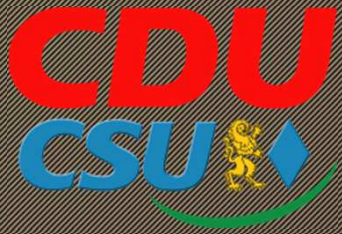
- 8,50 EUR/Stunde



- Ab 10,00 EUR/Stunde

Sozialpolitik und Arbeitsmarkt

Hartz IV-Sätze



- Keine Änderungen geplant



- Keine Änderungen geplant



- Keine Änderungen geplant



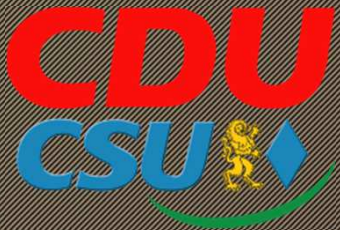
- Anhebung auf 420 EUR/Monat



- Anhebung auf 500 EUR/Monat

Sozialpolitik und Arbeitsmarkt

Regulierung von Zeit- und Leiharbeit



- Konsequente Umsetzung des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ für Zeitarbeitnehmer



- Gleichstellung von Leiharbeitern und Stammbesellschaft



- Keine Änderung



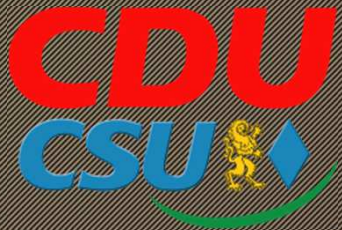
- Gleichstellung von Leiharbeitern und Stammbesellschaft



- Zeitarbeit verbieten; bis dahin gleiche Bezahlung für Zeitarbeiter und Stammbesellschaft; Verleihdauer auf wenige Monate begrenzen; Flexibilitätszulage einführen

Sozialpolitik und Arbeitsmarkt

Mietpreisbremse



- Soll eingeführt werden



- Soll eingeführt werden



- Soll nicht eingeführt werden



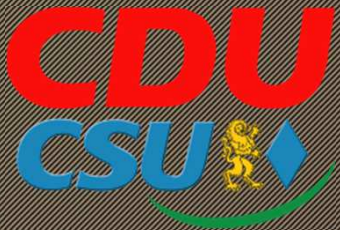
- Soll eingeführt werden



- Soll eingeführt werden

Familienpolitik

Kindergeld



- Anhebung des Kindergeldes und des Kinderzuschlags



- Staffelung nach Einkommen
- maximal 324 EUR pro Kind



- Keine Änderung



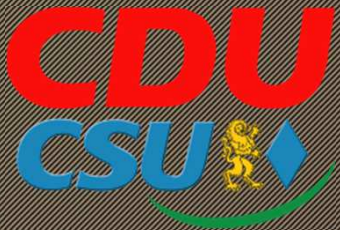
- Keine Änderung geplant



- Anhebung auf 200 EUR pro Kind

Familienpolitik

Betreuungsgeld



- Diejenigen Eltern, die für ihre Kinder auch im zweiten und dritten Lebensjahr keine öffentlich geförderte Kinderbetreuung in Anspruch nehmen wollen, werden unterstützt
- Wahlfreiheit wird ausdrücklich betont



- Sofort abschaffen



- Evaluieren und konditioniert abschaffen



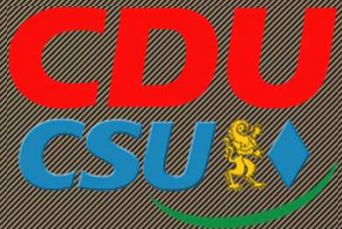
- Sofort abschaffen



- Sofort abschaffen

Familienpolitik

Ausbau von ganztägigen Kinderbetreuungsstätten



- Pro: Wille der Eltern ist entscheidend
- Ausbau von Kindertagesstätten
- Einrichtung von 24-Stunden Kitas, um Eltern Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern



- Pro: Förderung mit zusätzlichen 2 Mrd. EUR durch Wegfall des Betreuungsgeldes



- Pro

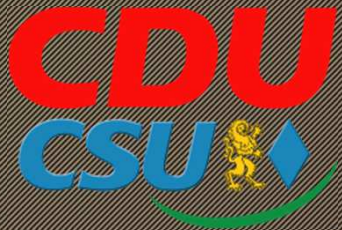


- Pro: Förderung mit 1 Mrd. EUR Bundesmittel zusätzlich, damit Kitausbau schnell vorankommt



- Pro

Bildungspolitik



- Das Konzept der rot-grünen Einheitsschule ist ein Irrweg
- Zukunft des Gymnasiums
- „Kein Abschluss ohne Anschluss“
- Vielfalt der Bildungswege



- Erhöhung der staatlichen Bildungsausgaben um jährlich 20 Mrd. EUR
- Ausbau der öffentlichen Bildungsinfrastruktur
- Förderung des Studiums ohne Abitur



- Selbstständigkeit von Bildungseinrichtungen
- Eigenverantwortung der Schulen
- BAföG entbürokratisieren u. elternunabhängig gestalten



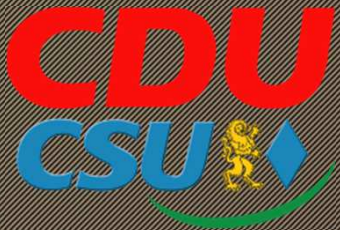
- Inklusives und partizipatives Bildungssystem, an dem alle teilhaben
- Digitalisierung im Bildungsbereich unterstützen
- Förderung des längeren gemeinsamen Lernens



- „Eine Schule für alle Kinder ist das Gebot der Zeit“
- Kritik am Notendruck
- Zugang zu Hochschule und Studium muss erleichtert werden

Gesellschaftspolitik

Gesetzliche Frauenquote



- „Flexi-Quote“
→ ab 2020 Quote von 30 Prozent für Frauen in Aufsichtsratsmandaten von voll mitbestimmungspflichtigen und börsennotierten Unternehmen



- 40-Prozent-Frauenquote für Aufsichtsräte und Vorstände börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen sowie in wissenschaftlichen Führungsgremien



- Contra: statt dessen Selbstverpflichtungen



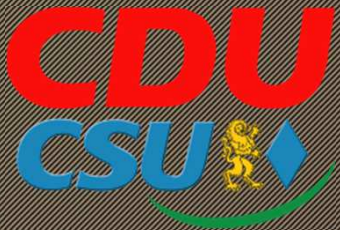
- 50-Prozent - Frauenquote in Aufsichtsräten, verpflichtende Zielquoten auch im „Wissenschaftssystem“
- mittelfristig mindestens 50% Frauen auf allen Ebenen



- Gleichstellung nicht auf Frauenquoten in Vorständen beschränken, mindestens die Hälfte aller politischen Mandate und öffentlichen Ämter mit Frauen besetzen

Gesellschaftspolitik

Bürgerbeteiligung



- Bürgerinnen und Bürger sollen sich aktiv in Debatten einmischen



- Direkte Demokratie stärken



- Vor allem mehr online-Beteiligung der Bürger



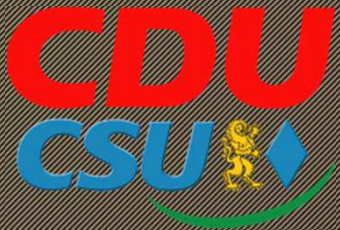
- Direkte Demokratie ermöglichen
→ dreistufige Volksgesetzgebung mit Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid



- Soll ausgebaut werden

Europapolitik

Eurobonds / gemeinschaftliche Haftung



- Keine Schuldenunion, keine Transferunion
- Hilfe wird nur bei eigenen Leistungen gegeben



- „Das Thema gemeinsame Haftung darf kein Tabu mehr bleiben“



- Wird abgelehnt



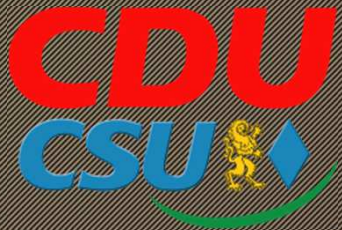
- Es soll eine „Solidarunion“ entstehen



- Es soll gemeinsam gehaftet werden

Außen- und Sicherheitspolitik

Bundeswehr



- Die Bundeswehr ist ein Garant für die Sicherheit Deutschlands und seiner Bündnispartner.
- Militärische Einsätze erst, wenn alle nicht-militärischen Mittel ausgeschöpft sind



- Die Bundeswehr ist fest in unserer demokratischen Gesellschaft verankert



- Die Bundeswehr verdient mehr öffentliche Anerkennung



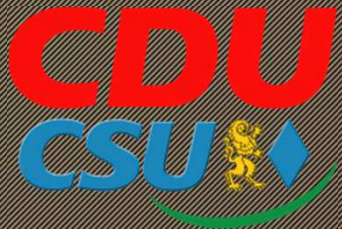
- Die Bundeswehr muss weiter verkleinert werden



- Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgezogen werden

Außen- und Sicherheitspolitik

NATO



- Bekenntnis zur NATO und ihrem neuen strategischen Konzept
- Zentrale Verpflichtung bleibt die gemeinsame Verteidigung aller Mitglieder



- Die NATO hat eine Verantwortung für den Frieden in Europa
- Deutschland soll in der NATO wieder eine aktive Rolle spielen



- Die NATO bleibt auch in Zukunft stärkster Anker der gemeinsamen Sicherheitspolitik



- Die NATO soll in eine multilaterale Sicherheitsarchitektur integriert werden



- Deutschland ist durch die NATO-Mitgliedschaft und die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik in Mechanismen militärischer Konfliktlösung eingebunden

CDU



SPD



FDP



Die 100 häufigsten Wörter im Wahlprogramm

Bündnis 90/ Die Grünen



Die 100 häufigsten Wörter im Wahlprogramm

Die Linke





**Vielen Dank für die
Aufmerksamkeit**